



Presseinformation

Nr. 478 / 2014

Kiel, Donnerstag, 4. Dezember 2014

Finanzen / Kommunalprüfungsrecht

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Dr. Heiner Garg: Koalition entscheidet sich gegen Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen

Zur heutigen Ablehnung des FDP-Gesetzentwurfes zur Änderung des Kommunalprüfungsgesetzes erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer und finanzpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**:

„Die von der SPD geführte Küstenkoalition hat sich heute mit faden-scheinigen und peinlichen Argumenten endgültig dagegen entschieden, dass der größte Einzelposten des Landeshaushaltes transparenter wird. Was Generationen von Finanzpolitikern seit rund zwei Jahrzehnten fordern und mehrfach sogar einstimmig vom Schleswig-Holsteinischen Landtag beschlossen wurde, haben die Koalitionsfraktionen unter Federführung der Sozialdemokraten heute im Finanzausschuss abgeschmettert.

Mit dem FDP-Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalprüfungsgesetzes hätte die Möglichkeit bestanden, dass der Landesrechnungshof den Einsatz von inzwischen über 600 Millionen Euro Steuerzahlermittel vor allem dahingehend prüft, ob und wie das Geld für die Menschen mit Behinderungen, die einen Rechtsanspruch auf Eingliederungshilfe nach dem SGB XII haben, eingesetzt wird.

Es ist überhaupt nicht nachvollziehbar, dass sich ausgerechnet die SPD hartnäckig verweigert, dass die Leistungen für Menschen mit Behinderungen verbessert und dauerhaft gesichert werden können.

Die heutige Entscheidung ist nicht nur eine schallende Ohrfeige für die Menschen mit Behinderungen, sondern auch für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Schleswig-Holstein. Dass Grüne und SSW ausschließlich auf das Geheiß von Herrn Doktor Stegner sich daran beteiligen, zeigt nicht nur, wie wenig Gewicht und Selbstachtung die beiden SPD-Mehrheitsbeschaffer innerhalb der Koalition haben, sondern auch, dass die Mitglieder der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe des SSW ihre eigenen Landtagsbeschlüsse nicht ernst nehmen.“

www.fdp-fraktion-sh.de